

Christian Baldauf, MdL
Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Landtag von Rheinland-Pfalz

Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 2
31. Plenarsitzung, Donnerstag, 13. Oktober 2022

Rede zum Landeshaushaltsgesetz 2023/2024 (LHG 2023/2024)

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

13.10.2022

Anrede,

wer hätte bei der Einbringung des letzten Landeshaushalts im Dezember 2021 gedacht, dass wir in Europa wieder einen Krieg haben? Wer hätte damals gedacht, dass wir die höchste Inflationsrate seit 1951 haben würden – zweistellig – in Höhe von 10 Prozent? Wer hätte damals gedacht, dass wir keine sichere Energieversorgung haben? Wer hätte damals gedacht, dass sich weite Teile der Bevölkerung darum sorgen, die Nebenkostenabrechnungen begleichen zu können – bei ohnehin schon sehr hohen Wohnkosten?

Friede, billiges Geld, Energiesicherheit, Preisstabilität – all das schien selbstverständlich zu sein – aber Stand heute – ist das alles in Frage gestellt. Selten hat sich in so kurzer Zeit – von einem Haushalt zum anderen – die Situation so stark verändert und dass in einer Zeit, in der Megatrends ohnehin den Menschen enorme Veränderungen abverlangen:

- Digitalisierung
- New Work - Neue Arbeitswelt
- Nachhaltigkeit
- Klimawandel
- Die Leistungsfähigkeit unserer sozialen Sicherungssysteme in einer älter werdenden Gesellschaft
- Pflegenotstand
- Neue Flüchtlingsströme und die Integration von Zuwanderern
- Die Bewältigung der Pandemiefolgen

Hier stehen die Politik, unser freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat und die Gesellschaft als Ganzes vor enormen Aufgaben. Entscheidend ist in dieser Krise, dass nicht weiter Vertrauen in staatliches Handeln verloren geht. Deshalb sind für mich drei Feststellungen zentral:

1. Staatliche Unterstützung ist auf die Menschen mit niedrigem Einkommen zu beschränken.
2. Staatliches Handeln muss sich in Krisenzeiten auf die Kernaufgaben Sicherheit, Bildung und Infrastruktur konzentrieren.
3. Und der Anteil der Investitionen am Gesamthaushalt muss erhöht werden. Gerade in der Krise muss man vorausschauend investieren – genau das kommt der Mitte der Gesellschaft dauerhaft zugute.

Die Kernaufgaben Bildung und Infrastruktur wollen wir zu Schwerpunkten der jetzt beginnenden Haushaltsberatungen machen.

Dazu kommt ein dritter Schwerpunkt, über den ich heute sprechen will – Sicherheit:

- Sicherheit für die Strukturen vor Ort
- Sicherheit für die Bevölkerung, d.h. der Katastrophenschutz und die Aufarbeitung der Flutkatastrophe
- und Sicherheit für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes durch Forschung und Innovation

Anrede,

die Selbstbeschränkung des Staates in Krisenzeiten ist für die CDU zwingend notwendig,

- damit der Staat dauerhaft leistungsfähig bleibt,
- damit der Staat auch künftig in der Lage ist, den Schwächsten zu helfen und in Notsituationen Hilfe zu leisten,
- damit durch immer neue Staatseingriffe keine neuen Ungerechtigkeiten geschaffen werden.

Darüber hinaus brauchen wir eine Politik für das ganze Land. Eine Politik,

- die Orientierung gibt, die realistisch ist,
- die keine falschen Versprechungen macht,
- die glaubwürdig ist und somit gegen Populismus wirkt,
- die verlässlich ist.
- die Mut macht.

Wir befinden uns in einer schwierigen Phase. Es macht uns alle betroffen, wenn wir hören,

- dass die alleinerziehende Mutter, die Familien, vor allem die kinderreichen, die schon bisher – trotz ehrlicher Arbeit – gerade so über die Runden gekommen sind, viermal so viel wie bisher für Strom und Gas bezahlen müssen,

- dass Hilfs- und Betreuungseinrichtungen, die Teilhabe ermöglichen, vor dem Aus stehen. Auch weil gemeinnützige Institutionen aus rechtlichen Gründen kaum Rücklagen bilden dürfen. Soziale Einrichtungen brauchen aus Sicht der CDU Unterstützung. Sollten diese schließen, leiden darunter die Schwächsten, die gerade in der Krise auf Unterstützung angewiesen sind.

Es macht uns alle betroffen, wenn Bäcker und Metzger statt 3.000 Euro künftig mit 12.000 Euro monatlichen Energiekosten rechnen müssen. Dann lassen sich die Betriebe nicht mehr aufrechterhalten. Mit Konsequenzen, die wohl kaum einer will: Familientradition verschwindet, Discounter übernehmen. Kurt Krautscheid, der Präsident der HWK Koblenz hat die Auswirkungen treffend beschrieben:

ZITAT

“Es gehen nicht nur Betriebe kaputt, sondern eine ganze vertraute Welt geht unter.

Wir leben auf dem Dorf, wir kaufen unsere Brötchen und unsere Wurst beim lokalen Bäcker oder Metzger. Wenn z.B. das Brötchen 80 Cent kostet, dann verschwindet der Dorfbäcker, dann verschwindet das Fleisch, wo der Name der Kuh dran stand, der ganze tolle ökologische Lebensstil.

Dann wird Plastik verschweißte Ware beim Discounter geholt.“

ZITAT ENDE

Gleiches gilt für die Gastronomie, die Dorfkneipe oder auch für kleine Hotels. Die Ortsmitte verödet, gemeinsame Treffpunkte gehen verloren.

Und schließlich die Vereine: Nach der Corona-Pandemie und dem Mitgliederschwund drohen jetzt existentielle Probleme, vor allem für Kultur- und Sportvereine, die eigene Gebäude bewirtschaften müssen. Hier müssen wir helfen – aus Gründen gesundheitlicher Prävention, aber auch des gesellschaftlichen Zusammenhalts wegen.

Ehrlich gesagt stehen wir vor einem ziemlichem Dilemma: Einerseits müssen wir aufpassen, die Erwartungen der Menschen nicht zu enttäuschen. Die Ausbreitung von Frustration in der Krise ist Gift für das gesellschaftliche Miteinander. Andererseits dürfen wir die Grenzen des Staates nicht überdehnen. Hier geht es nicht nur um finanzielle Grenzen. Nein, das Versprechen, alle Risiken auszugleichen, ist illusionär!

Ein Vollkasko-Staat stößt an die Grenzen der Gerechtigkeit. Nicht nur gegenüber künftigen Generationen, die die Schulden abtragen müssen, sondern auch weil jeder Ausgleich mit öffentlichen Mitteln zu neuen Ungerechtigkeiten führt. Eine Politik des Vollausgleichs führt zu leeren Kassen und zu Verlust von Vertrauen und zu noch mehr Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem Staat.

Die sich immer weiter beschleunigende Inflation wird durch weitere Schulden angetrieben und nicht gedämpft. Das zusätzliche Geld schafft zusätzliche Nachfrage. Aber wenn die Inflation weiter steigt, verschärfen und verlängern wir das Problem zulasten der Verbraucher, die wir gerade vor einer steigenden Geldentwertung schützen wollen.

Schutzschirm des Landes

Deshalb schlagen wir folgenden Weg vor: Wir brauchen ein eigenes Landesprogramm, um die Folgen von Inflation und Energiepreis-Krise einzudämmen. Es richtet sich an einkommensschwache Haushalte, in Not geratene Einrichtungen und Vereine sowie Unternehmen.

- Zu dem Programm soll ein Härtefallfonds für Menschen gehören, denen Sperren von Gas und Strom drohen.
- Außerdem erhalten Vereine höhere Zuschüsse.
- Kleinunternehmen sollen Unterstützung in Form von Mikrokrediten erhalten, wenn sie nicht von Bundeshilfen profitieren können.

Selbstverständlich darf auch bei solchen Hilfsmaßnahmen der Landeshaushalt nicht überfordert werden. Dabei müssen wir immer bedenken, dass wir noch nicht am Ende der Entwicklung sind und heute noch nicht wissen, was in der nächsten Zeit noch auf uns zukommt.

Finanzierung der Kommunen

Anrede,

nach den Schwächeren in unserer Gesellschaft und den Unternehmen, die am stärksten von der Krise betroffen sind, will ich – drittens – über diejenigen sprechen, die nicht erst jetzt, sondern seit Jahren Krisen meistern müssen und ohne die nichts, aber auch gar nichts gehen würde: Unsere Gemeinden, Städte und Landkreise:

- Flüchtlingskrise
- Coronakrise
- Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine
- Lieferketten- und Baukostenkrise
- und jetzt die Energiekrise und die hohe Inflation.

Das waren und sind echte Stresstests für die Rathäuser und Kreisverwaltungen und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – klar. Es sind vor allem aber die Krisen der Bürgerinnen und Bürger. Alle sind betroffen. Unsere Gemeinden und Städte sind für die Menschen im Land

- Weichensteller und Lotsen
- Leitplanke und Stopp-Schild
- vor allem aber Wegbereiter und Wegbegleiter.

Sie sind

- Problemlöser
- Berater
- Gestalter
- Umsetzer für staatliche Aufgaben.

Sie müssen unheimlich kreativ sein und dabei niemals ihre Kreativität oder ihren Humor verlieren. Und mit „ihnen“ meine ich

- Bürgermeister & Landräte
- Ratsmitglieder
- Beigeordnete

- Kämmerer
- Und genauso die Tausenden in den Dienstzimmern, in den kommunalen Betrieben, auf der Straße, in den Kitas
- die Feuerwehren,
- dazu das ganze Ehrenamt,...

Ihnen gebührt unser Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die meisten von uns sind auch vor Ort aktiv und kennen die Herausforderungen der Verwaltungen und der Gremien. Deshalb können Sie mir hoffentlich zustimmen, dass trotz der Vielzahl dieser Krisen, unsere Gemeinden, unsere Städte und Kreise, mit großer Motivation einfach ihren Job machen – verdammt gut, wie ich finde.

Aber, unsere Städte, Gemeinden und Landkreise stecken seit mehr als zwei Jahrzehnten in einer weiteren Krise: In einer durch die Landesregierung verursachten Finanzkrise. Nicht einmal, sondern zweimal musste der Verfassungsgerichtshof urteilen, dass die Landesregierung Verfassungsbruch begangen hat. Ihre Reaktion?

- Kein Schuldbewusstsein
- Kein Wille zur Besserung
- Keine Übernahme von Verantwortung für diejenigen, die seit Jahren und durch alle Krisen für uns den Kopf hinhalten.

Mit Ihrem neuen Gesetzentwurf für die Kommunalfinanzen belegen Sie ein weiteres Mal, dass die Landesregierung die kommunale Ebene wie ein ungeliebtes Stiefkind behandelt. Gleichzeitig wird aber so getan, als würde alles besser werden. Das hat Methode, meine Damen und Herren:

1. Statt mehr will das Land künftig weniger Geld in den Finanzausgleich geben – der Rest wird schöngerechnet oder falsch deklariert.
2. Vor allem die Ortsgemeinden und die Menschen in den ländlichen Regionen sind die großen Verlierer ihrer neuen Reform.
3. Sie zwingen die Gemeinden, die Grundsteuer anzuheben und greifen damit – mitten in der Krise – zusätzlich denen in die Tasche, die dringend finanzielle Entlastung bräuchten, den Bürgerinnen und Bürgern!

Für die Ministerpräsidentin, für die Finanzministerin: „Kein Problem!“

Der Ärger, der Frust, die Ängste, wurden noch immer bei den Ortsbürgermeistern und bei den Ratsmitgliedern abgeladen. Das Land ist fein raus. Hat noch immer geklappt – wird auch weiter klappen? Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir und die vielen kommunalen Verantwortlichen in diesem Land werden es bei den Bürgern immer wieder deutlich machen:

Für diese zusätzlichen Belastungen

- für Familien
- für Rentnerinnen und Rentner
- für alle, die sich große Sorgen um steigende Zinsen, explodierende Preise für Energie und den Alltag machen,

ist diese Landesregierung unter Führung von Ministerpräsidentin Dreyer verantwortlich und niemand anderes.

In der vergangenen Woche wurde Ihr Gesetzentwurf in einer Anhörung von Innen- und Finanzausschuss besprochen. Die Einschätzung der Experten hat eine klare Sprache gesprochen: Nicht einer hat Ihren Entwurf unterstützt. Nicht einer!

Daraufhin kündigen Sie nun gestern an dieser Stelle 200 Mio. € zusätzlich für die Kommunen an und glauben scheinbar, damit ist der Kritik Genüge getan. Ich sage Ihnen: Weit gefehlt! Im Zuge der Energiekrise kommen Belastungen in neuer, ungeahnter Höhe auf die Kommunen zu. Ich will beispielhaft Bereiche nennen, bei denen die Energiekrise existenzbedrohend wird: Das sind unsere Schulen, Kitas, unser ÖPNV und unsere Stadtwerke.

Aus der Anhörung im Innenausschuss wissen wir: Alleine für den ÖPNV liegt das kommunale Defizit für 2022 bei rund 200 Mio. Euro. Für 2023 sprechen wir schon von 240 Millionen. Ein weiteres Beispiel sind die finanziellen Folgen aus dem sog. Kita-Zukunftsgesetz: Wir alle haben noch im Ohr, dass die Kommunen von einem Investitionsbedarf von 500 Mio. Euro ausgehen.

Und Sie? Sie rühmen sich für 15 Mio. an Zuschüssen für diesen Haushalt. Das passt einfach nicht zusammen. Gerne wollen wir die gestrige Ankündigung der Finanzministerin so verstehen, dass die Landesregierung erkannt hat, dass die bisherigen Versuche des Landes nicht ausreichen. Wir sind gerne bereit, die Haushaltsberatungen dafür zu nutzen, um mit Ihnen dauerhafte Antworten für die Kommunen zu finden.

Und meine Damen und Herren,

erst durch unseren massiven Druck, haben Sie endlich die Teilentschuldung der Kommunen auf den Weg gebracht. Die Kommunen brauchen Luft zum Atmen, sie brauchen wieder finanzielle Freiräume, der Investitionsstau muss endlich abgebaut werden.

An der Finanzierung unserer Städte und Gemeinden muss also dringend nachgebessert werden. Darin waren sich auch alle Experten der Anhörung einig! Es braucht einen Kommunalen Finanzausgleich, der nicht durch die Ortsgemeinden und über Steuererhöhungen durch die Bürgerinnen und Bürger finanziert wird.

Katastrophenschutz

Anrede,

unser zweites Fokusthema: Wir setzen uns für einen leistungsfähigen und modernen Katastrophenschutz ein.

Die Flutkatastrophe im Juli 2021, schwerpunktmäßig im Ahrtal, hat das Management-Versagen der Landesregierung beim Katastrophenschutz brutal offengelegt.

Jahrelang wurde es vom Innenminister versäumt, funktionsfähige Strukturen für das Land zu schaffen:

- Kein vernünftiges Lagezentrum,
- keine abgestimmten Behördenstrukturen,
- ein Beschaffungs- und Zuschusswesen, das eher behindert als unterstützt,
- mangelhafte Strukturen und Kommunikationswege,
- veraltete und unzureichende Ausstattung,
- keine klaren Zuständigkeiten,
- mangelnde Führung und fehlende Konzepte.

Wo war der Minister in den letzten Jahren, als es um diese Fragen ging? Es reicht eben nicht aus, nur Zuschussbescheide zu verteilen und zu verwalten. Dass der Katastrophenschutz im Land, im Vergleich zu anderen Ländern, auf der übergeordneten Landesebene so schlecht aufgestellt ist, liegt allein in der Verantwortung der Landesregierung und seit gestern bei Ihnen, Frau Ministerpräsidentin.

Anrede,

wir haben die Sondersitzung gestern abgesagt, weil Minister Lewentz sich zuletzt doch noch durchringen konnte,

- seinem Amt,
- seinem Amtseid
- und der Verantwortung für die Menschen in unserem Bundesland gerecht zu werden.

Anrede,

der Rücktritt war überfällig.

- Nicht nur weil es massive Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Ministers gab,
- nicht nur, weil brisante Dokumente unter der Decke gehalten wurden,
- Beweismaterial gleich an mehreren Stellen verschwand,
- der Untersuchungsausschuss an der Nase herumgeführt wurde.

Für mich persönlich war das Schlimmste in den letzten Wochen, dass der Innenminister sich bei der Veröffentlichung der Hubschraubervideos hinstellte und sagte: Selbst, wenn er die Filmaufnahmen am Flutabend gesehen hätte, hätte das an seiner Einschätzung wohl nichts geändert. Diese Worte waren ein Schlag ins Gesicht

- der Opfer,
- ihrer Angehörigen,
- der Verletzten und Traumatisierten,
- all derer, die verzweifelt auf Hilfe warteten,
 - auf Dächern,
 - in Bäumen,
 - wie der Sohn unseres Kollegen Horst Gies.

Jeder, der die schwarzen Wassermassen, die blinkenden Taschenlampen sieht, fragt sich doch:

„...was ist um Himmels willen mit den Leuten da unten – wie sollen die da bloß rauskommen?“

Jeder sieht auf den ersten Blick: Es geht um Leben und Tod. Und diese reißenden Fluten lösten sich nicht einfach auf, die wälzen sich flussabwärts. Nur die rheinland-pfälzische Landesregierung vermochte in diesen Bildern nicht die Dramatik zu erkennen! Lewentz versuchte, sich auf ein starkes Hochwasser herauszureden und Sie, Frau Ministerpräsidentin, sprachen ihm dafür noch das Vertrauen aus. Das ist beschämend!

Wer eine Katastrophe nicht als solche erkennen kann und alles Menschenmögliche in Bewegung setzen will, um irgendwie zu retten – der ist fehl am Platz. Die Inhalte der Videos, die Schilderungen der Hubschrauberpiloten und Fotos erreichten am Flutabend den Innenminister. Allein, dass Menschen auf Dächern SOS-Lichtzeichen geben, heißt – es müssen Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt werden. Dann darf eine Landesregierung, dann darf ein Innenminister sich nicht schlafen legen! Die Einsatzkräfte, die Wehren, konnten nicht mehr nach oben melden. Für die übergeordneten Ebenen ein klarer Handlungszwang!

Wenn nach Starkregen erkennbar ist,

- Einsatzkräfte sind überfordert,
- melden sich nicht,

dann ist das ein brüllendes Alarmsignal, dem die übergeordneten Behörden, ADD, Innenministerium, Landesregierung nachgehen müssen! Das ist ihre Pflicht!

Während ehrenamtliche Katastrophenschützer in dieser Nacht ihr Leben riskierten, ignorierte der Innenminister sämtliche Hinweise auf die sich anbahnende Katastrophe und wartete lieber auf den nächsten Morgen.

Zu keinem Zeitpunkt hat die Landesregierung versucht, vor die Lage zu kommen.

Das Motto stattdessen: Wir handeln, wenn die Lage da ist! Wir warten, bis es zu spät ist! Das Krisenmanagement Ihrer Regierung, Frau Ministerpräsidentin Dreyer, war eine Katastrophe in der Katastrophe!

Frau Ministerpräsidentin,

Sie haben dem Innenminister mehrfach in den vergangenen Monaten ihr Vertrauen ausgesprochen. Wissen Sie eigentlich, was ein Lagebild ist?

Das ist die Grundlage dessen, worauf ich Handlungen stütze – wie ich weiter entscheide. Wenn es Indikatoren dafür gibt – und die lagen, ab dem Nachmittag, sowohl im Innen- als auch im Umweltministerium vor – dass eine Vielzahl von Menschen – in akuter Lebensgefahr schwebt – dann ist das bereits ein Lagebild.

Sie hatten die Lage, Menschen zu retten! Die oberste Prämisse ist hier stets, von höchster Gefahr auszugehen, nicht vom Gegenteil. Teilen Sie den Standpunkt des Innenministers, an diesem Abend hätte nicht mehr getan werden können?

Nicht wenigstens...

- das Lagezentrum im Innenministerium oder das Polizeipräsidium Koblenz aufsuchen, eine Lagebesprechung durchführen,
- eine Krisenschalte der Landesregierung organisieren,
- den Krisenstab einberufen,
- den ADD-Stab auf volle Funktion hochfahren,
- vom Drittsenderecht Gebrauch machen, um die Medien zu alarmieren, Fernseh- und Radiosendungen zu unterbrechen?

Frau Ministerpräsidentin Dreyer,

mal ehrlich, hätten Sie wirklich in der Flutnacht nicht geweckt, nicht auf der Brücke stehen wollen? Es macht doch einen Unterschied,

- wenn der Kapitän selber nach oben geht.
- wenn der Innenminister oder die Ministerpräsidentin sich selber reinhängen,
- selber Hubschraubern hinterher telefonieren,
- selber dort sind, wo die Informationen zusammenlaufen!

Am nächsten Tag, als Menschen noch auf Rettung warteten, als Chaos und Verzweiflung herrschten – selbst da übernahm Ihr Innenminister nicht die Führung der Lage, sondern bereitete den Besuch des SPD-Spitzenkandidaten und Vizekanzlers Scholz vor, reiste mit ihm umher. Deshalb konnte er weder an Kabinetts- noch an Krisensitzungen teilnehmen, sondern ließ sich durch seinen Staatssekretär vertreten.

Anrede,

das rheinland-pfälzische Innenministerium war in Kenntnis aller relevanten Tatsachen dieses Abends. Aber Handlungen oder Handlungsanweisungen erwachsen daraus erschreckenderweise nicht. Das Innenministerium wusste früh, dass eine Flächenlage eingetreten und die Ressourcen knapp waren – und dennoch überlegte niemand, die Einsatzleitung zu übernehmen.

Es wäre jetzt eine weitere Rede, über die vielen, schweren Versäumnisse im Umweltministerium zu sprechen, darüber, dass viel zu spät die höchste Warnstufe ausgerufen wurde. Verantwortliche Stellen ignorierten Warnhinweise, Wetter- und Pegelprognosen. Deshalb müssen Sie auch den Staatssekretär im Umweltministerium entlassen.

Frau Ministerpräsidentin Dreyer,

um es auf den Punkt zu bringen: Auch, wenn Sie krampfhaft versuchen, darüber hinwegzusehen, auch wenn jetzt der Innenminister zurückgetreten ist: Ihre Landesregierung hat im Krisenmanagement jener Flutnacht komplett versagt!

- Einstürzende Häuser – nichts Besonderes in einer Flut!
- Mögliche Tote – nichts Verifiziertes und Belastbares!
- Einsatzkräfte, die nicht nach oben melden – kommt vor!
- Zu späte Ausrufung der höchsten Warnstufe – verrechnet!
- Krisenschalte oder Krisenstab – wozu?
- Brisante Videos, die verschwinden – Schuld der Polizei!
- Einsatzdokumente, die versanden – passiert!
- Den Feuerwehrverband instrumentalisieren und Streit in die Blaulichtfamilie treiben – jedes Mittel ist recht!
- Fehler in den Meldeformularen – das Kreuzchen war halt falsch!
- Drittsenderecht – warum?

Frau Ministerpräsidentin,

Sie können doch nicht so tun, als ob Sie mit alledem nichts zu schaffen haben! Es war Ihr Kabinett, es waren Innen- und Umweltministerium Ihrer Regierung,

- die in der Flutnacht versagten
- und Chancen verstreichen ließen, Menschen im Ahrtal frühzeitig zu warnen und Leben zu retten.

Wie gestaltet sich Ihre Verantwortung als Regierungschefin für die Katastrophe und ihre Aufarbeitung? Für die folgenschweren Kommunikationsverluste? Sind Sie auch der Meinung, es gab kein ausreichendes Lagebild? Meinen Sie auch, die Kenntnis der Flutvideos hätte nichts geändert?

Frau Ministerpräsidentin,

bisher haben Sie nichts zur Aufklärung beigetragen. Nicht in all diesen Monaten, nicht am Jahrestag der Flut, nicht gestern konnten Sie sich zu einer Entschuldigung durchringen!

Und Frau Bätzing-Lichtenthäler,

Sie haben zum Rücktritt erklärt:

„Roger Lewentz hat die politische Verantwortung für Fehler übernommen, die nicht ihm, aber in seinem Verantwortungsbereich in Momenten schier unvorstellbarer Belastung geschehen sind.“

Was haben Sie sich bei diesem Satz gedacht? Sie schieben öffentlich die Verantwortung auf wen? Auf Mitarbeiter, die ADD, die Polizei, die Feuerwehr? Selbst im Rücktritt müssen wieder andere für das Versagen des Innenministers am Flutabend herhalten! Das ist unanständig, Frau Bätzing-Lichtenthäler! Das ist ein Blame Game gegen die Blaulichtfamilie!

- Wer mindestens 6 Häusereinstürze in einer Akutphase nicht hinterfragt,
- wer sagt, er habe kein oder nur ein diffuses Lagebild gehabt,
- wer nur punktuelle Ereignisse, aber keine Katastrophe erkennt – der hat sich selber Fehler vorzuwerfen.

Der hat persönlich im Amt des Innenministers versagt.

Anrede,

Bürgerinnen und Bürger im Norden unseres Landes waren in der dramatischen Nacht vom 14 und 15. Juli nicht ausreichend geschützt. In den anderen Flutregionen an Sauer und Kyll gab es ebenfalls keine Hilfe vom Land. Die Kreise waren auf sich allein gestellt! Deshalb setzt sich meine Fraktion für eine einheitliche Führungsstruktur ein. Nur so ist eine effektive Bewältigung von Großschadensereignissen möglich.

Die jüngst von Ihnen präsentierten Vorschläge sind ohne Zweifel eine Verbesserung, sofern sie adäquat umgesetzt werden, jedoch nur erste Schritte in die richtige Richtung. Meine Fraktion hat den Katastrophenschutz zum zentralen Thema dieses Sommers gemacht. In vielen Terminen, Gesprächen und Veranstaltungen quer über das Land haben wir uns ein eigenes Lagebild zur Situation in Rheinland-Pfalz gemacht. Wir haben aus den Ergebnissen der Gespräche mit Katastrophenschützern und Feuerwehrleuten einen 10-Punkte-Plan entwickelt, den wir in die Haushaltsberatungen einbringen werden:

1. Die Landesebene muss ab bestimmten Alarmstufen die Einsatzleitung übernehmen bzw. Führungsunterstützung anbieten können.
2. Wir brauchen ein Katastrophenschutzkonzept, welches verbindlich die Organisation, aber auch die Einsatzmittel bis hin zur lokalen Ebene regelt.
3. Wir wollen eine moderne Aus- und Fortbildung für alle Feuerwehrleute und Katastrophenschützer, die auch wirklich stattfindet.
4. Wir setzen uns für eine wirkungsvolle Unterstützung der Landkreise, der kreisfreien Städte, der Leitstellen und Gemeinden durch das Land ein. Das beginnt für uns damit, dass die grundlegende Ausrüstung von der Landesebene gestellt wird.
5. Bei Großschadenslagen und Katastrophen hat das Land jederzeit in der Lage zu sein, mit einem Krisen- und Führungsstab zu führen.
6. Wir wollen mehr als zwei Polizeihubschrauber auf Landesebene.

7. Wir setzen uns dafür ein, dass die Landesebene zusammen mit den Kommunen in der Lage ist, besondere Gefahrenlagen – Pandemien, größere Hochwasser, Ausfall kritischer Infrastruktur – abzuwehren.
8. Wir werden die ehrenamtlichen Strukturen stärken, die durch qualifizierte hauptamtliche Kräfte unterstützt werden.
9. Wir finanzieren Spezialfahrzeuge und -ausrüstung. Die eingeplanten 2 Mio. Euro für geländegängige und wadfähige Fahrzeuge reichen hier keinesfalls aus.
10. Wir setzen uns für ein leistungsfähiges Warnsystem der Bevölkerung ein, das alle Möglichkeiten unserer Zeit ausschöpft. Von der Sirene über die App und dem Cell Broadcasting.

All diese Maßnahmen erfordern viel Geld und mitunter einen langen Atem. Jedoch sind riesige Versäumnisse der Vergangenheit aufzuholen. Damit muss jetzt begonnen werden, um unsere Bevölkerung wirksam zu schützen.

Hochschulen

Nun zu Forschung und Innovation. An den Hochschulen entsteht Zukunft. Wohlstand entsteht durch Innovation. Und für Innovation brauchen wir Forschung und vor allem kluge Köpfe. Um diese Köpfe sind wir im Wettbewerb, nicht nur mit anderen Bundesländern, sondern europa- und weltweit. Grundvoraussetzung ist hier eine ausreichende Finanzierung.

Die Realität sieht allerdings anders aus. Die Grundfinanzierung in Rheinland-Pfalz verharrt im Ländervergleich auf niedrigem Niveau. Das führt zu sinkender Attraktivität unseres Hochschulstandortes.

Das Statistische Landesamt hat Ende 2021 erneut festgestellt, dass im siebten Jahr in Folge wesentlich mehr Studentinnen und Studenten unser Land für das Studium verlassen, als umgekehrt zu uns kommen. Der Saldo ist mit minus 14.000 „deutlich negativ“ und das in Zeiten des sich immer weiter verschärfenden Fachkräftemangels. Die Hochschulen in Rheinland-Pfalz leiden unter einem dramatischen Studentenschwund. Der Präsident der Universität Mainz hat vergangene Woche Alarm geschlagen.¹

¹ vgl. Allgemeine Zeitung Mainz, 04.10.22

Unter der Überschrift „Handlungsdruck“ heißt es in einem internen Papier der Universität etwa, der Trend sinkender Studierendenzahlen müsse gestoppt werden...

ZITAT

- „weil wir im Bundesvergleich selbst bei nachgefragten Fächern nicht mehr die besten Bewerber: innen bekommen und selbst dort Studienplätze frei bleiben“
- „weil wir damit auch auf mittlere Sicht unsere Position als große, forschungsstarke Universität aufs Spiel setzen“

ZITAT ENDE

Und für diesen Abwärtstrend ist maßgeblich die Landesregierung verantwortlich. Wiederbesetzungen werden bewusst gestreckt, der bauliche Zustand ist vielfach miserabel. Das schreckt Studierende ab und hat weitreichende Konsequenzen: Die Wahl des Studienortes fällt immer seltener auf rheinland-pfälzische Hochschulen und wir erleben eine heftige Abwanderung nach dem Bachelor.

Im Vergleich der 15 forschungsstarken deutschen Unis droht Mainz völlig abzurutschen: Während die Mainzer Uni heute 16% weniger Studenten als vor zehn Jahren hat, ist die Gesamtzahl der Studenten an diesen Universitäten um 11% gestiegen.² Wenn wir zu viele kluge Köpfe verlieren, wird das unser Bundesland auf Dauer teuer zu stehen kommen, Frau Ministerpräsidentin.

Deshalb tritt die CDU-Fraktion dafür ein, viel stärker in Wissenschaft und Forschung zu investieren. Dies fordert auch der Präsident der Nationalen Akademie der Wissenschaften, der Leopoldina, der Mainzer Professor Gerald Haug, der die Landesregierung explizit aufgefordert hat, mehr in junge Menschen und Wissenschaft zu investieren.

Nutzen Sie den Biontech-Push, Frau Ministerpräsidentin. Nutzen Sie die hohe Motivation! Noch haben wir in Rheinland-Pfalz große Universitäten und renommierte außeruniversitäre Forschungsinstitute. Das muss uns etwas wert sein!

Das gilt besonders für die TU Kaiserslautern mit den umliegenden Forschungszentren. Das Bittere ist hier: Auch bei unserer wichtigsten Nachwuchs-Schmiede in den Bereichen Technik und Ingenieurwesen sinkt die Attraktivität zusehends.

² vgl. Allgemeine Zeitung, 04.10.2022

Frau Ministerpräsidentin,

nach Ihrer eigenen Aussage, sollte die neue technische Universität des Landes durch die Zusammenführung mit Landau an Strahlkraft gewinnen. Die Realität ist eine ganz andere: Schon jetzt sind die Einschreibungen in den technischen Studiengängen um bis zu einem Drittel im Vergleich zum letzten Jahr zurückgegangen. Ihre Strahlkraft scheint also nicht überall anzukommen.

Diese Alarmzeichen sind nur der Auftakt für das, was kommt: Durch geringere Studierendenzahlen sinken die Zuweisungen aus dem Hochschulpakt und die Universität wird in Zukunft noch weiter unter Druck gesetzt.

Hinzu kommt, wer übermäßig Studierende verliert, wird Professorenstellen und Stellen im akademischen Mittelbau nicht mehr nachbesetzen können. Doch das ist nicht genug! Auch an der TU Kaiserslautern schlägt die gefährlich niedrige Investitionsquote des Landes zu, denn der Investitionsstau an der Bausubstanz ist riesig. Angeheizt durch die Energiekrise wird das für das Land jetzt richtig teuer.

Meine Damen und Herren,

alleine an der Technischen Universität Kaiserslautern werden für das Jahr 2022 Mehrkosten in zweistelliger Millionenhöhe erwartet. Jetzt werden Sie dafür bestraft, dass Sie jahrelang die energetische Sanierung der Landesgebäude verschlafen haben.

Stichwort: Investitionen

Rheinland-Pfalz investiert nur 2,6 % des Brutto-Inlandsprodukts in Forschung und Entwicklung. Baden-Württemberg dagegen 5,8%.

Wir, die CDU-Fraktion, unterstützen die Forderung von Herrn Prof. Haug, jetzt antizyklisch in Universitäten und Hochschulen zu investieren. Durch die zusätzlichen Steuereinnahmen von Biontech, haben wir einmalige Chancen für einen echten Entwicklungsschub. Doch was machen Sie,

Frau Ministerpräsidentin?

Statt in die Zukunft zu investieren und mehr Geld für den geplanten Biotechnologie-Campus zur Verfügung zu stellen, sehen Sie zu, wie die Biontech-Einnahmen der Stadt Mainz im kommunalen Finanzausgleich verschwinden. Statt Zukunftschancen zu eröffnen, wird mit diesem Geld die von Ihnen verursachte Unterfinanzierung der Kommunen ausgeglichen und die Schulden der Vergangenheit abgetragen. Vergangenheit statt Zukunft – ein Mantra dieser Landesregierung.

Wenn es für Rheinland-Pfalz nur ein einziges Thema gibt, bei dem es sich lohnt zu klotzen, statt zu kleckern, wo wir einen echten Unterschied machen können, dann ist es Wissenschaft und Forschung. Wenn wir die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, können Biontech und Co. die Zugpferde sein, um Rheinland-Pfalz zum deutschen Hotspot für Biotechnologie zu machen.

Was machen denn andere? Bayern hat die Zeichen der Zeit erkannt und zündet einen Turbo für die Wissenschaft: 1000 neue Professuren, 2.500 neue Stellen in Lehre und Forschung und 13.000 neue Studienplätze bringt die Hightech-Offensive dort. Bayern betreibt Weltraumforschung, unsere Landesregierung ist schon stolz, wenn durch Mainz zwei neue Wasserstoffbusse fahren. Im Vergleich mit Bayern ist Rheinland-Pfalz das Hartz IV der Wissenschaft in Deutschland, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Diese Entwicklung muss gestoppt werden. Deshalb ist es für die CDU unerlässlich,

1. attraktive Forschungs-, Lern- und Lehrbedingungen zu schaffen,
2. eine verlässliche Forschungsfinanzierung sicherzustellen, also die Forschungsausgaben und Lehrausgaben an Hochschulen in Rheinland-Pfalz kurz- und mittelfristig deutlich zu erhöhen,
3. den milliardenschweren Investitionsstau an den Universitäten und Fachhochschulen in Rheinland-Pfalz Schritt für Schritt aufzulösen.
4. für eine langfristige Planbarkeit die Digitalisierungsmittel zu verstetigen.

Anrede,

zu Beginn sagte ich, staatliches Handeln muss sich in Krisenzeiten auf die Kernaufgaben konzentrieren. Darauf möchte ich zum Schluss zurückkommen: Krisenzeiten sind keine Zeiten von “nice to have”. Die öffentliche Hand kann nicht unendlich – wie Gabor Steingart zutreffend formuliert hat – das weit verbreitete „Bedürfnis nach ewiger Gegenwart stillen, das sich erneut auf Kosten des Zukünftigen austoben möchte.“

Wer vorgibt, dieses Bedürfnis zu erfüllen, wer alles verspricht und gleichzeitig Unzufriedenheit und Ängste schürt, der handelt verantwortungslos und hat kein Interesse, zur Lösung der großen Probleme unserer Zeit beizutragen.

Wer so handelt, wie die Populisten und Extremisten von Links und Rechts, wer die Katastrophe herbeiredet und Sympathie für den Kriegsherrn Putin zeigt, wie die AfD, hilft niemandem. Nein, wer so redet, handelt zynisch, mit dem Ziel, Unfrieden zu stiften, und das eigene Stimmenreservoir der radikalen und extremistischen Kräfte zu steigern.

Doch was passiert eigentlich, wenn Populisten an die Macht kommen? Weiten wir dazu unseren Blick! Populisten sind weltweit auf dem Vormarsch, sie gewinnen eine Wahl nach der anderen. Weltweit waren noch nie so viele populistische Parteien an Regierungen beteiligt wie derzeit.³

Wie kommt es dazu? Populisten nutzen die Verunsicherung in Krisensituationen für sich aus. Populisten machen demokratische Parteien und Institutionen verächtlich. In der Wirtschaftspolitik setzen sie auf radikale Umverteilung, auf eine Ablehnung der Globalisierung und auf eine gelenkte Wirtschaft.

Was ist das Ergebnis? Eine vergleichende Untersuchung von 60 Ländern zeigt, dass 15 Jahre nach der Machtübernahme einer populistischen Partei das Brutto-Inlandsprodukt 10 Prozent unter dem Wert liegt, den man bei anderen Regierungen erwarten könnte.

Mit populistischen Parteien sinkt das Wohlstandsniveau.⁴ Kurz gesagt: Populismus macht arm! Deshalb sind die demokratischen Fraktionen im rheinland-pfälzischen Landtag und die Landesregierung in Zeiten wie diesen besonders gefordert. Gerade auch bei den Beratungen zu diesem Haushalt.

³ vgl. FAS vom 02.10.2022

⁴ Sergei Guriev, Elias Papaioannou: The Political Economy of Populism, Journal of Economic Literature 2022, 60(3), 753-832)

Was unsere grundsätzlichen Zielsetzungen in unserer freiheitlichen Demokratie betrifft, darf der Schulterschluss der demokratischen Fraktionen nicht in Frage stehen. Das sind wir allen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern schuldig.

Das schließt selbstverständlich nicht aus, dass wir hart in der Sache und respektvoll im Umgang um die besten Lösungen für die Zukunft unseres Landes ringen. Dass sich die Wege unterscheiden und die Auseinandersetzungen streitig geführt werden, gehört dabei zum Wesenskern des Parlamentarismus. Unsere weiteren Schwerpunkte in den vor uns liegenden Beratungen sind

- Bildung,
- Gesundheit,
- Klimaschutz und Infrastruktur,
- gesellschaftlicher Zusammenhalt
- und unsere Polizei.

Wir freuen uns auf faire Debatten mit Ihnen hier im Landtag.